

November 2025

Agenda des Jungen Wirtschaftsrates zur Zukunft der Alterssicherung

„Derzeit schicken wir eine teure Rentenrechnung nach der anderen an die junge Generation. Setzt kein Umdenken in der Rentenpolitik ein, werden immer weniger Leistungsträger ihre Zukunft in Deutschland sehen.“ Mit diesen Worten fordert Ferdinand Herfeldt, Bundesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates, eine dringende Anpassung des Rentensystems:

1. Kritische Überprüfung der Mütterrente und der doppelten Haltelinie:

Die Ausweitung der Mütterrente muss gestoppt und die doppelte Haltelinie überprüft werden, da sie das Rentensystem wie Steuerzahler mit langfristig schwerwiegenden Folgekosten belasten und notwendige Reformen blockieren!

2. Anpassung des Renteneintrittsalters und Förderung der Erwerbsbeteiligung:

Das Renteneintrittsalter muss an die steigende Lebenserwartung gekoppelt und Frühverrentungsprogramme abgeschafft werden, damit die zukünftigen Rentenkosten nicht noch weiter explodieren und vor allem beherrschbar werden!

3. Rentenanpassung an die Preisentwicklung:

Die Rentenhöhe sollte an die Inflation angepasst werden, um die Kaufkraft der Rentner zu sichern und gleichzeitig das Rentensystem stabil zu halten, wobei unbedingt der Nachhaltigkeitsfaktor wieder eingeführt werden muss!

4. Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge:

Das umlagefinanzierte Rentensystem gerät zunehmend an seine Grenzen. Daher ist die Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge dringend geboten!

Die finanziellen Zuschüsse des Staates aus Steuergeldern an das Rentensystem steigen jährlich und machen das Umlageverfahren abhängig vom Bundeshaushalt. Allein im Jahr 2024 sind mehr als 110 Milliarden Euro an Steuergeldern in das Rentensystem geflossen. Prognosen zeigen, dass dieser Betrag bis 2029 auf über 150 Milliarden Euro ansteigen wird. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass das System auf staatliche Zuschüsse angewiesen wäre, die auf Dauer nicht tragbar sind. Politische Entscheidungen müssen daher jetzt darauf abzielen, das Rentensystem so zu reformieren, dass es langfristig nachhaltig bleibt und nicht mehr von ständig steigenden Zuschüssen abhängig ist.

Kritische Überprüfung der Mütterrente und der doppelten Haltelinie:

Die bisherige Rentenpolitik hat keine generationengerechten Reformen hervorgebracht. Im Gegenteil: Der Ausbau der Mütterrente, der Müttern für die Erziehung von Kindern zusätzliche Rentenansprüche gewährt, belastet das System mit jährlich rund 4,5 Milliarden Euro zusätzlich. Auch die doppelte Haltelinie, die das Rentenniveau bis 2031 auf mindestens 48 % festlegt, stellt eine finanzielle Belastung dar, da sie das Rentensystem davon abhängt, sich an die wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen anzupassen.

Die politische Entscheidung, den Nachhaltigkeitsfaktor faktisch zu streichen, hat das System weiter destabilisiert. Der Nachhaltigkeitsfaktor sorgt grundsätzlich dafür, dass die Renten weniger stark steigen, wenn sich das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern negativ entwickelt, sprich immer mehr junge Menschen für die zunehmend ältere Bevölkerung zahlen müssen.

Die Mütterrente und die doppelte Haltelinie stellen in ihrer derzeitigen Form eine nicht hinnehmbare Belastung für die junge Generation dar. Die Sicherung des Rentenniveaus bei 48 % setzt zudem faktisch den Nachhaltigkeitsfaktor aus, was einen echten Bruch des Generationenvertrags darstellt.

Anpassung des Renteneintrittsalters und Förderung der Erwerbsbeteiligung:

Ein zentraler Reformvorschlag für das Rentensystem ist die Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung. Während das Renteneintrittsalter aktuell bei 67 Jahren liegt, steigt die Lebenserwartung kontinuierlich. Die Politik muss dies berücksichtigen und eine nachhaltige Lösung finden.

Gleichzeitig muss ein stärkeres Anreizsystem für die Arbeit auch über das Renteneintrittsalter hinaus entwickelt werden, um die Erwerbstätigkeit zu verlängern und damit die Beitragszahlerbasis zu stabilisieren.

Rentenanpassung an die Preisentwicklung:

Die Frage nach der Angemessenheit der Rentenhöhe ist ein weiteres Thema der politischen Debatte. Derzeit wird das Rentenniveau an die Lohnentwicklung gekoppelt. Allerdings wird diese Koppelung in Zeiten einer sinkenden Beitragszahlerbasis eine immer größere Belastung für die Beitragszahler. Vielmehr sollte sich das Rentenniveau künftig an der Inflation orientieren. Damit wird sichergestellt, dass Renten auch künftig ihre Kaufkraft behalten, gleichzeitig aber die Kosten unseres Rentensystems weniger rasch ansteigen.

Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge:

Angesichts der steigenden finanziellen Belastungen des Umlageverfahrens ist die Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge von entscheidender Bedeutung. Eine Kombination aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge trägt dazu bei, die Finanzierungsbasis für die Rente zu erweitern und das System insgesamt abzusichern.

Vorschläge wie steuerlich begünstigter Vorsorgedepots oder eine Reform der Riester-Rente könnten die private Vorsorge attraktiver machen. Gleichzeitig sollte der Sparerpauschbetrag auf sein ursprüngliches Niveau von 3.000 Euro angehoben und dann an die Inflation gekoppelt werden.

Die Politik muss jetzt handeln

Die Zeit drängt. Das Rentensystem benötigt dringend strukturelle Reformen. Insbesondere die Wiedereinsetzung des Nachhaltigkeitsfaktors, die Abschaffung der Mütterrente und die Förderung von längeren Lebensarbeitszeiten müssen politisch umgesetzt werden.

Es liegt an der Politik, diesen Kurs jetzt einzuschlagen und Reformen endlich anzustoßen.